Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 51-52/2003

70. Jahrgang / 18. Dezember 2003

Inhalt

Ukraine: Starkes Wirtschaftswachstum, aber noch dringender Reformbedarf
Seite 805

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung
18. Dez. 2003
Zeitschriften

Ukraine: Starkes Wirtschaftswachstum, aber noch dringender Reformbedarf

Lars Handrich
lhandrich@diw.de

Veronika Movchan
movchan@ier.kiev.ua

Herbert Wilkens
hwilkens@diw.de

Die Ukraine – nach wie vor eines der ärmsten Länder Europas – erreichte in den letzten Jahren ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Von 2000 bis 2002 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 6,6 % pro Jahr, und im laufenden Jahr werden wohl fast 8 % erreicht. Im internationalen Vergleich befindet sich die Ukraine damit in einer besseren Position als beispielsweise Russland, und sie erreichte dieses Ergebnis sogar ohne die Sondereinnahmen aus lukrativen Öl- und Gasexporten. Vielmehr sind hierfür andere Faktoren ausschlaggebend gewesen, vor allem erste konsequente Wirtschaftsreformen unter der Regierung Juschtschenko (Ende 1999 bis Frühjahr 2001). Die Reformbereitschaft der Folgeregierungen hat deutlich nachgelassen. Die mittelfristigen Aussichten wären vielversprechend, sollte nach den Wahlen Ende 2004 wieder eine zielstrebige Reformpolitik einsetzen. Die deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen – insbesondere beim Handel und den Kapitalverflechtungen – könnten davon profitieren.

Starkes Wirtschaftswachstum seit 2000

Im Jahre 2000 ist die ukrainische Wirtschaft auf einen ausgeprägten Wachstumspfad eingeschwenkt. Damit wurde ein lang anhaltender Abschwung beendet, der in den Transformationsländern typischerweise mit Beginn des marktwirtschaftlichen Umbaus einsetzte und in der Ukraine zu einer Halbierung der Wirtschaftsleistung bis Ende der 90er Jahre führte. Heute gehören die makroökonomischen Indikatoren der Ukraine zu den besten unter allen GUS-Staaten. Neben starkem Wachstum verzeichnet das Land eine kontinuierlich niedrige Inflation, eine positive Leistungsbilanz bei stabilem Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar, wachsende Währungsreserven und eine sinkende Auslandsverschuldung (Tabelle 1). Das Wachstum in der Ukraine basiert nicht, wie etwa in Russland, auf hohen Weltmarktpreisen für fossile Brennstoffe. Allerdings beruhten auch in der Ukraine die ersten Wachstumsimpulse auf einer weltweit starken Nachfrage nach ukrainischen Exportgütern, vor allem nach Stahl. Später wurde das Wachstum durch die Umsetzung erster Wirtschaftsreformen unterstützt.

Struktur und sektorale Entwicklung in der ukrainischen Volkswirtschaft

Die ukrainische Volkswirtschaft hat im internationalen Vergleich hohe Anteile bei der Industrieproduktion (35 %) und der Landwirtschaft (15 %) (Tabelle 2). Metallurgie, Maschinenbau und Lebensmittelverarbeitung sind die wichtigsten Industrien. Als Wachstumsbranchen erwiesen sich in den letzten Jahren neben

A 22127 C

Tabelle 1

Kennziffern zur Wirtschaft der Ukraine

	1998	1999	2000	2001	2002
Einwohner, Mill. Personen	50,3	49,9	49,5	49,1	48,8
Bruttoinlandsprodukt, Mrd. Hrywnia zu jeweiligen Preisen	102,6	130,4	170,1	204,2	220,9
Bruttoinlandsprodukt, Mrd. US-Dollar zu jeweiligen Preisen	41,9	31,6	31,2	37,8	41,5
Bruttoinlandsprodukt, reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–1,9	–0,2	5,9	9,2	4,8
Industrieproduktion, reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–1,0	4,0	13,2	14,2	7,0
Landwirtschaftliche Produktion, reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–9,6	–6,9	9,8	10,2	1,2
Konsumentenpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in %	20,0	19,2	25,8	6,1	–0,6
Produzentenpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in %	35,4	15,7	20,8	0,9	5,7
Ausfuhr (Güter und Dienste), reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–13,4	–7,9	17,9	9,5	10,7
Einfuhr (Güter und Dienste), reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %	–14,0	–19,1	18,9	14,1	4,9
Leistungsbilanz, Relation zum BIP in %	–3,1	5,4	4,6	3,7	7,7
Direktinvestitionen, Zufluss in Mill. US-Dollar	743	496	595	792	693
Staatshaushaltssaldo, Relation zum BIP in %	–2,7	–2,1	–0,7	–1,9	0,8
Staatsverschuldung, Relation zum BIP in %	49,4	61,4	45,2	36,3	34,3
Auslandsverschuldung, Relation zum BIP in %	38,4	49,9	33,0	26,0	24,6
Wechselkurse					
1 US-Dollar = ... Hrywnia, Jahresende	3,4	5,1	5,4	5,3	5,3
1 Euro = ... Hrywnia, Jahresende	4,0	5,2	5,1	4,7	5,5

Quellen: Statistisches Amt der Ukraine (Derschkomstat); IER Kiew. **DIW** Berlin 2003

Tabelle 2

Bruttoinlandsprodukt der Ukraine

	Anteil am BIP in %	Realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in %			
	2002	2000	2001	2002	2003[1]
Entstehung[2]					
Land- und Forstwirtschaft	15,0	12,2	10,2	3,6	–10,0
Verarbeitendes Gewerbe	35,0	5,0	14,0	8,9	18,6
Baugewerbe	4,0	–6,1	7,8	–1,4	22,6
Handel, Reparaturleistungen	11,0	10,5	43,0	8,1	11,5
Transport, Kommunikation	13,0	2,8	5,1	5,8	11,5
Verwendung					
Privater Verbrauch	56,1	2,5	9,6	5,6	8,1
Staatsverbrauch	20,4	1,0	10,4	–0,7	18,2
Bruttoanlageinvestitionen	20,3	12,4	6,2	4,9	23,4
Export von Gütern und Diensten	56,3	21,5	3,5	9,1	9,4
Import von Gütern und Diensten	–51,8	23,8	6,0	3,7	19,8
Bruttoinlandsprodukt	100	5,9	9,2	4,8	7,9

1 Geschätzt. 2 Ausgewählte Sektoren.

Quellen: Statistisches Amt der Ukraine Derschkomstat); IER Kiew. **DIW** Berlin 2003

dem verarbeitenden Gewerbe auch der Binnenhandel sowie das Transport- und Bauwesen.

Die Ukraine, in der Vergangenheit oft als „Kornkammer Europas" bezeichnet, verfügt über ein enormes landwirtschaftliches Potential, das jedoch wegen des Ausbleibens von Reformen bisher nur unzureichend genutzt werden konnte. Trotzdem konnte die Ukraine in den Jahren 2001 und 2002 erstmals seit der Unabhängigkeit nennenswerte Mengen an Getreide exportieren. Die Basis hierfür war die von Premierminister Juschtschenko durchgesetzte Deregulierung vor allem im Bereich der Getreidemärkte. Auch die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe hat die Anreize zu gewinnorientiertem Wirtschaften wesentlich verstärkt.

Seit Anfang 2003 sind jedoch deutliche Rückschläge bei den Reformen auf dem Getreidemarkt zu verzeichnen. Im Gefolge von wetterbedingten Ernteausfällen bei Brotgetreide ergriffen die Behörden in zahlreichen Regionen administrative Maßnahmen. Beispielsweise versuchten sie, die Brotpreise und den Brotverkauf zulasten der Bauern, der Getreidehändler und der Bäckereien zu regulieren. Dadurch wurde die Situation so weit verschärft, dass es im Frühsommer in der Ukraine zu Panikkäufen und damit zu einer Knappheit bei den Hauptnahrungsmitteln kam. Dies zeigt die Bedeutung, aber auch die Zerbrechlichkeit von Reformen in der Ukraine.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts zeichnen sich folgende Haupttendenzen ab: Im Jahre 2000 begann ein kräftiges Wachstum bei den Exporten, das im Gegenzug eine erhebliche Ausweitung der Importe erleichterte. Die reale Zunahme der Importe war zum Teil Folge einer Beschleunigung des Investitionstempos: Die realen Anlageinvestitionen stiegen um 12,4 %. Der Verbrauch von privaten Haushalten und Staat dagegen erhöhte sich zunächst eher moderat. 2001 zog der Konsum dann stark an und wurde in jenem Jahr zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftswachstums. Im Jahre 2003 werden die Investitionen wieder einen stärkeren Wachstumsbeitrag leisten, nachdem im Jahr zuvor aufgrund politischer Unsicherheiten vor und nach den Parlamentswahlen zahlreiche

Investitionsentscheidungen vertagt worden waren. Gleichzeitig haben sich die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen erheblich verbessert,[1] was zu dem derzeit zu beobachtenden Investitionsschub beigetragen haben könnte. Da gleichzeitig auch vom Konsum wieder stärkere Impulse kommen, kann im Jahre 2003 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von fast 8 % erwartet werden.

Außenwirtschaft

Seit Beginn der Transformation hat sich die Handelsverflechtung mit der Europäischen Union verstärkt, wenn auch deutlich weniger als bei den EU-Beitrittsländern.

Bei den Importen ist die Warenstruktur nach wie vor wesentlich von Energierohstoffen (40 %) geprägt. Deshalb nahm der Anteil Russlands bei der Einfuhr nicht so stark ab wie in den Beitrittsländern, und auch der Anteil des in wenigen Jahren wichtig gewordenen Energielieferanten Turkmenistan ist sehr hoch (Rang 2 unter den Lieferländern der Ukraine). Andere Importgüter von Bedeutung sind Maschinen und Ausrüstungen (21 %) sowie chemische Erzeugnisse (12 %). Bei den Exporten ist die Metallurgie die wichtigste Branche des Landes (knapp 40 % aller Exporte im Jahre 2002), gefolgt von Maschinenbau (14 %), Nahrungsmitteln (13 %) und Erdölprodukten (11 %).

Die starke Außenhandelsverflechtung mit den GUS-Ländern dürfte einer der Gründe für den Beitritt der Ukraine zum neu gegründeten „Gemeinsamen Wirtschaftsraum" (Weißrussland, Kasachstan, Russland, Ukraine)[2] gewesen sein. Dieser Beitritt steht eigentlich im Widerspruch zur offiziellen ukrainischen Politik, die den Beziehungen zur EU Vorrang einräumt. Ob sich in diesem Schritt die Enttäuschung der Ukraine darüber widerspiegelt, dass die EU-Kommission nicht von dem Szenario eines baldigen Beitritts ausgeht, oder ob es sich dabei um eine Drohgebärde handelt, ist unklar. Wirtschaftliche Vorteile der Viererkooperation sind jedenfalls kaum erkennbar, während Nachteile insbesondere im Prozess des WTO-Beitritts drohen.[3] Eine zielstrebige Annäherung an die Regeln der WTO[4] und an den Acquis Communitaire der EU könnte es der Ukraine ermöglichen, die ohnehin notwendigen Reformen schneller und gründlicher zu verwirklichen.

Die deutsch-ukrainischen Handelsbeziehungen haben sich besonders intensiv entwickelt. Deutschland nimmt inzwischen unter den Lieferländern der Ukraine Rang 3 ein; sein Anteil an den ukrainischen Importen ist von 1999 bis 2002 um 1,9 Prozentpunkte auf 9,2 % gestiegen und damit mehr als der jedes anderen Landes, sieht man vom Sonderfall Turkmenistan ab. Aus deutschem Blickwinkel ist das Gewicht der Ukraine dagegen noch gering – ihr Anteil an den deutschen Ausfuhren liegt erst bei 0,4 % und somit in einer ähnlichen Größenordnung wie der des viel kleineren Slowenien oder der von Thailand, Malaysia oder Israel.

Ähnlich sind die Verhältnisse bei den Direktinvestitionen. Hier hat sich die in den letzten drei Jahren günstige wirtschaftliche Entwicklung bisher kaum ausgewirkt. Es ist der Ukraine somit nicht gelungen, einen den Möglichkeiten ihrer Wirtschaft angemessenen Anteil ausländischer Investitionen anzuwerben. Insbesondere im Vergleich zu den meisten EU-Beitrittskandidaten, deren Zufluss an Direktinvestitionen vom Signal einer baldigen EU-Vollmitgliedschaft profitierte, hat sie an Boden verloren. 2002 sind ihr 693 Mill. US-Dollar zugeflossen, so dass sich der Bestand auf 5 355 Mill. US-Dollar erhöhte.[5] In Polen ist der Bestand achteinhalbmal, in der Slowakei immerhin doppelt so hoch. Die Relation von Direktinvestitionszufluss zu Bruttoinlandsprodukt ist in der Ukraine mit 13 % nur wenig höher als in Weißrussland. Gemeinsam mit Russland bilden diese Länder die Schlusslichter in der Gruppe der Transformationsländer.

Deutsche Investoren sind für die Ukraine wichtige Partner. Die guten Erfahrungen, die viele deutsche Unternehmen mit der Verlagerung von Produktionsstätten in benachbarte künftige EU-Mitgliedsländer gesammelt haben, werden sicherlich zu Investitionen in der noch weitaus kostengünstigeren Ukraine ermutigen, die außerdem auch mit einem relativ hohen Ausbildungsniveau und einer guten Motivation der Mitarbeiter aufwarten kann. Erfolge konnte die Ukraine jüngst bei deutschen Investitionen im Bereich der Kfz-Zulieferindustrie und im Maschinen- und Fahrzeugbau verbuchen. Auch haben die Chancen auf einem Markt von beachtlicher Größenordnung – die Ukraine zählt 48 Mill. Einwohner – zu verstärkten deutschen Investitionen im Handel und in der Lebensmittelindustrie geführt. Das Engagement deutscher Unternehmen ist dennoch insgesamt verhalten. Zwar wird die längerfristige Perspektive als relativ günstig einge-

1 Hierzu gehören der starke Anstieg der Depositen im Banksektor, sinkende Zinsen, die erfolgreiche Begebung von Unternehmensanleihen und erste Eurobonds ukrainischer Unternehmen.
2 Das Abkommen zum Einheitlichen Wirtschaftsraum (Single Economic Space – SES4) wurde am 19. September 2003 unterzeichnet, obwohl darüber in der ukrainischen politischen Öffentlichkeit keine gründliche Diskussion geführt worden war. Ziel ist ein Freihandelsabkommen, das in eine Zollunion münden soll.
3 Probleme entstehen weniger aus einem Freihandelsarrangement, dafür umso mehr bei der geplanten Zollunion, die dem Stillhaltegebot bei dem erreichten Verhandlungsstand entgegenstehen würde.
4 Vgl. Ihor Burakovsky, Lars Handrich und Lutz Hoffmann (Hrsg.): Ukraine's WTO Accession – Challenge for Domestic Economic Reforms. Heidelberg 2004.
5 UNCTAD: World Investment Report 2003. Genf.

schätzt, doch wird auf kurze und mittlere Sicht meist nur angestrebt, erst einmal Gewinne mitzunehmen und dabei die langfristigen Chancen mit geringem Einsatz zu wahren.

Um diesen Attentismus zu überwinden, müssten künftige Reformanstrengungen die bisherigen Hindernisse für Investitionen zügig abbauen – Wirtschaftskreise monieren in erster Linie die Rechtsunsicherheit in Verbindung mit mangelhafter Vertragstreue und die Unberechenbarkeit im Regime von Steuern und Zöllen. Ein stärkeres Engagement ausländischer Investoren ist zu erwarten, sobald die Signale wieder eindeutig auf Verbesserungen im unternehmerischen Umfeld und allgemein auf Fortführung der Wirtschaftsreformen deuten.

Wachstum durch Währungsabwertung und externe Nachfrage oder ein Ergebnis von Reformen?

Häufig verweisen Erklärungen über die Ursachen des Wirtschaftswachstums in der Ukraine auf die Abwertung der Währung (Hrywnia) im Jahre 1998 und die starke Nachfrage auf den Weltmärkten nach ukrainischen Exportgütern, vor allem nach Stahlerzeugnissen. Die Abwertung erhöhte die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Hersteller und erleichterte einen Prozess der Importsubstitution.

In der Wahrnehmung vieler Beobachter zeichnet sich die ukrainische Politik durch eine erhebliche Reformunwilligkeit aus. Die Interessen mächtiger Wirtschaftsführer stehen der Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien oft entgegen.[6] Über erste Reformen während der Regierungszeit von Premierminister Juschtschenko (Dezember 1999 bis April 2001) ist die Ukraine auch deshalb kaum hinausgekommen. Dieser Reformschub hatte jedoch deutlich positive Wirkungen. Zu den wichtigsten Maßnahmen der Juschtschenko-Regierung gehörten die Durchsetzung der fiskalischen Zahlungsdisziplin sowie erste Strukturreformen im Energiesektor und im Agrarbereich. Die Reformen eliminierten die exzessive Anwendung von steuermindernden Ausgleichsgeschäften („mutual debt set-offs") und anderen Formen nichtmonetärer Zahlungen und reduzierten somit Rent-seeking-Aktivitäten sowohl gegenüber dem Staatsbudget als auch der Unternehmen untereinander.

Eine erste empirische Schätzung[7] für den Zeitraum 1996 bis 2002 deutet darauf hin, dass die entscheidenden Erklärungsvariablen des ukrainischen Wirtschaftswachstums die Verringerung des Staatsdefizits, der Anstieg der Welt-Stahlpreise, die Rückführung der Steueraußenstände, die Agrarreformen und die politisch ruhigere Lage zwischen den Wahlen waren. Die Abnahme der Steueraußenstände scheint nach den Berechnungen von größerer Bedeutung für das Wachstum gewesen zu sein als der Rückgang der überfälligen Außenstände von Unternehmen untereinander. Dies erscheint plausibel, weil mit der konsequenteren Steuereintreibung ein klares Signal gesetzt wird, dass der Staat engagiert für die Einhaltung der marktwirtschaftlichen Regeln sorgen will.

Die Schätzergebnisse geben Hinweise darauf, dass in der Zeit vor Wahlen das Wachstum tendenziell geringer ist. Das mag mit der in der Ukraine deutlich erkennbaren politischen Instabilität im Vorfeld von Wahlen zusammenhängen und mit der dann auftretenden Verschwendung von Ressourcen. Zuletzt zeigte sich dieser Effekt in der schwachen Investitionstätigkeit während der Kampagne zu den Parlamentswahlen 2002.

Ausblick auf die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2004

Nach der Wachstumsprognose des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung in Kiew wird das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im Jahre 2004 real um etwa 6 % steigen. Zwei Faktoren werden die Wirtschaftsentwicklung entscheidend beeinflussen: die Steuerreform und die Präsidentschaftswahlen.

Im Zuge der Steuerreform werden die Einkommensteuer und die Unternehmensgewinnsteuer gesenkt. Die stärkste – und auch schnell eintretende – Wirkung wird von der Einführung eines einheitlichen Einkommensteuersatzes von 13 % erwartet.[8] Damit erhalten die Haushalte zusätzliche Kaufkraft, und es kann mit einem Rückgang der Schattenwirtschaft gerechnet werden.

Die Senkung der Gewinnsteuer von 30 auf 25 % wird zusätzliche Investitionsmittel in den Unternehmen belassen. Zu einer entsprechenden Belebung der Investitionstätigkeit dürfte es jedoch erst mit Verzögerung kommen, denn im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November 2004 wird aufgrund der Unsicherheit über den Fortgang der Reformen die Investitionsneigung der Unternehmen wahrscheinlich gebremst.

6 Vgl. Heinz Timmermann: Die EU und die „Neuen Nachbarn" Ukraine und Belarus. SWP-Studie S 41. Berlin 2003.
7 Vgl. Veronika Movchan und Ricardo Giucci: Economic Recovery in Ukraine: Do Reforms Matter? Paper presented at the Annual Conference of the International Society for New Institutional Economics (ISNIE) on "Institutions and Change". Budapest, 11.–13. September 2003.
8 Das Konzept und der Steuersatz folgen dem russischen Vorgehen. Bisher gilt in der Ukraine ein Stufentarif mit sechs Sätzen von 0 bis 40 %.

Weiterhin dringender Reformbedarf

Trotz aller Erfolge und der positiven volkswirtschaftlichen Eckdaten gehört die Ukraine noch zu den ärmsten Ländern Europas. Das reale Wachstum in der Ukraine findet auf sehr niedrigem Niveau statt: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt in der Ukraine nur 60 % des entsprechenden russischen Wertes.[9] Die monatlichen Durchschnittslöhne liegen gegenwärtig bei rund 80 Euro, wobei in der Landwirtschaft mit rund 40 Euro und im Gesundheitswesen mit rund 50 Euro die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Der vorgeschriebene gesetzliche Mindestlohn beträgt etwa 38 Euro. Die höchsten Löhne gibt es mit durchschnittlich 175 Euro im Finanzsektor. Die monatlichen Durchschnittsrenten betragen rund 23 Euro; die gesetzliche Mindestrente liegt etwas unter 10 Euro.

Dabei verfügt die Ukraine über ein erhebliches wirtschaftliches Potential. Allerdings können nur unter strikter Beibehaltung der makroökonomischen Stabilität und durch die Einleitung konsequenter Strukturreformen die Möglichkeiten zu mehr Wohlstand erschlossen werden. Die Reformen sind immer wieder von Rückschlägen bedroht, was z. B. die jüngsten Rückschritte in der Agrarpolitik belegen. Zahlreiche grundlegende Reformmaßnahmen müssen in der Ukraine erst noch umgesetzt werden. Unsichere Eigentumsrechte und Überregulierung sowie sich ständig ändernde Rahmenbedingungen, die oft auch rückwirkend Anwendung finden sollen, sind die gravierendsten Investitionshemmnisse. Der Finanzsektor muss besser in die Lage versetzt werden, die Investitionstätigkeit adäquat zu finanzieren. Es gilt, die Eigentümerhaftung und in zahlreichen Sektoren den Wettbewerb durchzusetzen. Im Versicherungsbereich stehen wichtige Entwicklungsschritte noch aus.

Dringender Reformbedarf besteht beispielsweise im Energiesektor. Zunächst einmal nimmt das Land eine Schlüsselposition als Transitland für russische Gasexporte in die Europäische Union ein.[10] Gleichzeitig gehört die Ukraine zu den energieintensivsten Volkswirtschaften der Welt. Um 1 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt zu erzeugen, benötigte die Ukraine im Jahre 2000 3,15 kg Erdöl (Durchschnitt der OECD-Länder: 0,19 kg; Deutschland: 0,13 kg).[11] So ist es nicht verwunderlich, dass auf die Importe von fossilen Brennstoffen noch immer knapp 40 % aller ukrainischen Importe entfallen. Gelänge es, die Energieintensität der ukrainischen Volkswirtschaft auf das „Verschwendungsniveau" Russlands zu senken, das bei 1,7 kg Erdöl je US-Dollar

9 Gemessen in Kaufkraftparitäten nach UNO-Statistik (Human Development Indicators).
10 Vgl. Berit Meinhart, Christian von Hirschhausen und Ferdinand Pavel: Transporting Russian Gas to Western Europe – A Simulation Analysis. IER Working Paper (im Erscheinen).
11 Vgl. International Energy Agency: Key World Energy Statistics 2002. Paris, S. 48 ff.

Kasten

Wirtschaftspolitische Beratung der Ukraine

Seit 1994 unterstützt die deutsche Bundesregierung die ukrainische Regierung bei ihren Wirtschaftsreformen durch die „Deutsche Beratergruppe Wirtschaft bei der Ukrainischen Regierung". Hochrangige deutsche Experten beraten ihre ukrainischen Partner auf Ministerebene bzw. in Parlament, Präsidialverwaltung, Zentralbank und anderen Institutionen. Grundlage sind aktuelle Analysen, die von einem in Kiew tätigen Team von Ökonomen erarbeitet werden. Die deutsche Beratergruppe ist ein Konsortium unter Führung des DIW Berlin, dem auch das Osteuropa-Institut München und das Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen angehören (vgl. *www.diw.de/ukraine)*.

Die Wirtschaftsreformen der Regierung Juschtschenko basierten zu einem großen Teil auf Empfehlungen der Deutschen Beratergruppe (vgl. *www.ier.kiev.ua/English/books/TTP_Englisch.pdf)*. Nach wie vor genießt die Beratergruppe parteiübergreifend bei Spitzenvertretern aller wichtigen wirtschaftspolitischen Akteure hohes Ansehen. Zur täglichen Arbeit des Teams gehören konkrete Anfragen an die Experten und die spezifische Beratung.

Der vorliegende Bericht stützt sich im Wesentlichen auf Arbeiten des Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) in Kiew. Dieses Institut ist von der Deutschen Beratergruppe aufgebaut worden und wird inhaltlich von ihr maßgeblich unterstützt (vgl. *www.ier.kiev.ua)*.

Die Arbeiten der Beratergruppe und des IER werden im Internet frei zugänglich veröffentlicht; Download-Möglichkeiten sind vorhanden. Die Finanzierung sowohl der Beratergruppe als auch des IER erfolgt bisher aus Mitteln des *TRANSFORM*-Programms der deutschen Bundesregierung.

Bruttoinlandsprodukt liegt, würde die Ukraine rechnerisch zum Nettoexporteur von Energie.[12] Anreize zur Energieeinsparung müssen durch die Einführung kostendeckender Tarife gesetzt werden.

Die notwendigen strukturpolitischen Reformen stehen etablierten Interessen unmittelbar entgegen. Eine realistische Chance für die politische Umsetzung der Strukturreformen wird nach den Präsidentschaftswahlen im November 2004 bestehen. Neben dem festen politischen Willen benötigt die neue Regierung für derartige Reformen auch sehr gute ökonomische Argumente. Die Reformorientierung der ukrainischen Politik wird auch in den kommenden Jahren noch auf externe Unterstützung angewiesen sein – in der Vergangenheit war die deutsche Wirtschaftsberatung sehr erfolgreich. Anzustreben wäre, dass die künftige direkte EU-Nachbarschaft auch bei der Annäherung in den wirtschaftspolitischen Grundlagen und Rahmenbedingungen Fortschritte bringt. Eine konsequente Reformpolitik könnte der Ukraine den langen Weg zur angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Union ebnen helfen.

12 Vgl. IER Kiev and German Advisory Group on Economic Reforms with the Ukrainian Government (Hrsg.):Ukraine and the World Economy: Risk Assessment and Policy Recommendations. Kiew 2003, S. 34 *(www.ier.kiev.ua/English/books_eng.cgi)*.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Ingo Geishecker and Holger Görg

Winners and Losers: Fragmentation, Trade and Wages Revisited

Our paper investigates the link between outsourcing and wages utilising a large household panel and combining it with industry level information on industries' outsourcing activities from input-output tables. By doing so, we can arguably overcome the potential endogeneity bias as well as other shortcomings that affect industry level studies. We find that fragmentation has had a marked impact on wages. Distinguishing three skill categories we find evidence that outsourcing reduced the real wage for workers in the lowest skill categories; this result is robust to a number of different specifications and definitions of outsourcing. Furthermore, we find some evidence that high-skilled workers experienced increased wages due to fragmentation.

Discussion Paper No. 385
Dezember 2003

Amélie Constant, Yochanan Shachmurove and Klaus F. Zimmermann

What Makes an Entrepreneur and Does it Pay? Native Men, Turks and Other Migrants in Germany

This paper focuses on the entrepreneurial endeavors of immigrants and natives in Germany. We pay closer attention to Turks, since they are the largest immigrant group with a strong entrepreneurial tradition, and the self-employed Turks in Germany represent 70% of all Turkish entrepreneurs in the European Union. We identify the characteristics of the self-employed individuals and understand their underlying drive into self-employment. At the same time, we investigate how immigrant entrepreneurs fare in the labor market compared to natives. Employing data from the German Socioeconomic Panel 2000 release we find that the probability of self-employment increases significantly with age for all groups albeit at a decreasing rate. Among immigrants, Turks are twice as likely to choose self-employment as any other immigrant group. The age-earning profiles of self-employed German and immigrant men are concave and surprisingly similarly shaped. While for self-employed German men hours of work and Treiman prestige scale scores increase their earnings, for self-employed immigrant men it is the longevity of the business that makes a difference. Everything else equal, the earnings of self-employed Turks are not different from the earnings of the self-employed Greeks, Italians, Spaniards, ex-Yugoslavs, Polish or other East Europeans, including those immigrants who have become German citizens.

Discussion Paper No. 386
Dezember 2003

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden *(www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere)*.

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 51-52/2003

DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Herausgeber und Redaktion wünschen
den Leserinnen und Lesern des Wochenberichtes
ein frohes Weihnachtsfest
und einen schönen Ausklang des Jahres 2003

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle
Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis
Jahrgang Euro 108,–/sFR 182,–
Einzelnummer Euro 10,–/sFR 18,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin